

PPI WORKING PAPER 3 (MÜNSTER 2007)

CHANCEN UND PROBLEME POLITISCHER ONLINE-PARTIZIPATION

SUSANNE IN DER SMITTEN M.A.

ZUSAMMENFASSUNG

An neu geschaffene Medien wurde stets die Hoffnung geknüpft, dass sie neue Personenkreise erreichen, den Austausch über weite Distanzen vereinfachen und letztlich eine größere demokratische Partizipation ermöglichen und fördern würden. Mit dem Internet werden derartige Möglichkeiten erstmals voll ausgebaut. Im Folgenden wird nun untersucht, inwiefern das Internet dazu geeignet ist, „bottom up“-Prozesse zu fördern, also Bürger an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung aktiv zu beteiligen und so die politische Partizipation zu stärken. Dabei ist vor allem an einen Ausbau direktdemokratischer, deliberativer und assoziativer Momente im politischen Prozess zu denken. Dabei kann festgehalten werden, dass wenn auch das Internet theoretisch das Potential besitzt, die politische Partizipation, verstanden als Einfluss von Bürgern auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung, zu fördern, bleiben bislang noch eine Vielzahl von Problemen ungeklärt: die technische (Daten-)Sicherheit und Zuverlässigkeit von Internetwahlen, die Auswahl von neuen Gemeinschaften, die möglicherweise bewusst und gezielt in den politischen Prozess integriert werden können, die transparente Gestaltung der Aushandlungs- und Einflussprozesse innerhalb der Online-Gemeinschaften sowie die Förderung einer politischen Kommunikationskultur, die der Ausweitung deliberativer Diskussionen dient.

Newly created media are often linked to the hope that new groups of people could be addressed communication over long distances eased and ultimately greater democratic participation enabled and promoted. For the first time such possibilities are fully utilized with the Internet. Below it is examined how the Internet is capable of promoting "bottom-up" processes, e.g. actively including citizens in the political decision-making process and so to strengthen political participation. Thereby especially the expansion of deliberative, associative and direct democratic processes must be considered. It can be stated that although the Internet has the theoretical potential to promote political participation, understood as the influence of citizens on the political process, a number of problems remain unsolved: the data security and reliability of online-elections, the selection of new communities, which may be deliberately integrated in the political process, the transparent design of decision making processes within the online communities as well as the promotion of a culture of political communication that serves extension of deliberative activities.

Über die Autorin: Susanne In der Smitten ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin. Von 2002 bis 2006 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. 2007 hat sie ihre Dissertation zum Thema "Politische Handlungen und Potentiale von Online-Gemeinschaften" abgeschlossen; aktuell ist sie als wissenschaftliche Referentin bei einer Patientenorganisation in Leverkusen angestellt. Kontakt: indersmitten@gmx.de

EINLEITUNG

An neu geschaffene Medien wurde stets die Hoffnung geknüpft, dass sie neue Personenkreise erreichen, den Austausch über weite Distanzen vereinfachen und letztlich eine größere demokratische Partizipation ermöglichen und fördern würden. Derartige Vorstellungen findet man schon in Bertolt Brechts Radiotheorie und bei den Diskussionen um eine Kabeldemokratie in der Anfangsphase des Kabelfernsehens. Dabei ging es jeweils darum, die Medien mit einem Zwei-Wege-System auszustatten, so dass sie einerseits zur individualisierten Informationsbeschaffung und andererseits für den Dialog und die Interaktion mit anderen Nutzern dienen sollten (Emmer 2005; Kleinsteuber/Loitz 2001; Simon 2001).

Mit dem Internet werden derartige Möglichkeiten erstmals voll ausgebaut: Die Rolle des Empfängers und Senders von Kommunikationsinhalten kann zusätzlich kurzfristig variabel gehandhabt werden, und all dies umso mehr, seit sich mit dem so genannten „Web 2.0“ eine Konvergenz verschiedener Medientechnologien im Internet zeigt und das World Wide Web sozialer wird: Anwendungen, wie sie früher als eigenständige Softwareprogramme auf dem lokalen PC arbeiteten, können nun im Netz laufen und dabei von mehreren Personen kollaborativ genutzt werden. Darüber hinaus sind neue Anwendungsformen auf so genannten Community Platforms, in Wikis und Weblogs entstanden, die es stark erleichtern, Texte, Bilder und andere Dateien online zu stellen und mit anderen Personen darüber zu diskutieren (Przepiorka 2003; Möller 2006; Schmidt 2006; Szugat et al. 2006).

Längst hat auch die Politik das Internet für sich entdeckt: Die meisten Parteien und viele Berufspolitiker verfügen längst über eigene Homepages, auf denen sie ihre Schwerpunktthemen und Standpunkte publik machen. Im Sommer 2006 startete der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad unter www.ahmadinejad.ir ein eigenes Weblog, und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel machte mit einer Reihe politischer Podcasts von sich reden. Schon im November 2004 hatte der US-amerikanische Wahlkampfplaner Dick Morris verkündet: „Das Fernsehzeitalter der US-Politik ist vorbei!“ (Priess 2005: 15) Denn TV-Werbespots hätten im US-Präsidentschaftswahlkampf keinen erkennbaren Einfluss gehabt; sie seien in ihrer Bedeutung von Chats und Weblogs abgelöst worden.

Inzwischen gilt das Internet in vielen Staaten als entscheidende Kommunikationsplattform, die für „modernes Fundraising, die Mobilisierung von Freiwilligen, die Aufrechterhaltung der Motivation und des Spannungsbogens während einer Kampagne, die Datensammlung und den permanenten Dialog bei der internen Kommunikation der Wahlkampfmannschaft“ (Priess 2005: 15-16) unerlässlich ist und die „ihre optimale Wirkung nur im kombinierten Einsatz als Werbemedium und Mittel zur Organisation der Kampagne entfaltet“ (Clemens 1999: 58). Im nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf soll 2008 sogar das erste Online-Kandidatenduell auf den Seiten der Huffington Post, eines der größten amerikanischen politischen Weblogs, ausgetragen werden (Schaertl 2007; Stöcker 2007).

Im Folgenden wird nun untersucht, inwiefern das Internet neben diesen „top-down-“ Prozessen dazu geeignet ist, „bottom up“-Prozesse zu fördern, also Bürger an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung aktiv zu beteiligen und so die politische Partizipation zu stärken. Dabei ist vor allem an einen Ausbau direktdemokratischer, deliberativer und assoziativer Momente im politischen Prozess zu denken (Leggewie 2004).

STÄRKUNG DIREKTER UND INNERPARTEILICHER PARTIZIPATIONSMOMENTE

Das Internet kann die direkten Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürgern und Abgeordneten über punktuelle Ereignisse wie Sprechstunden im Wahlkreis hinaus ausbauen. So können Bürger E-Mails mit Fragen oder Anmerkungen an die Abgeordneten schicken, in speziellen Chats und virtuellen Sprechstunden mit Politikern diskutieren, und auch die Möglichkeit der Online-Petition ist beispielsweise beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags ausdrücklich vorgesehen. Auch der Bereich von Online-Meinungsumfragen zu politischen Themen könnte ausgebaut werden. Zwar sind sie zunächst unverbindlich, werden aber doch oftmals von politischen Entscheidungsträgern zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Ferner ist vorstellbar, dass Wahlen und – zumindest auf Kommunal- und Landesebene sowie innerparteilich – zunehmend Abstimmungen ergänzend online durchgeführt werden. Die Vorteile solcher E-Votings (Kleinsteuber/Loitz 2001; Bauer 2004; Kersting 2004 und 2005; Kuhn 2006; Otten 2006) erscheinen verlockend: Der Zeitaufwand für die Stimmabgabe reduziert sich, da der Weg zur Wahlkabine oder zum Parteitag entfällt, schlechtes Wetter wäre damit auch kein Hinderungsgrund mehr, ferner „könnte die Gefahr von versehentlich ungültiger Stimmabgabe reduziert werden, Auszählungen wären erheblich schneller und kostengünstiger zu organisieren und gegenüber der Briefwahl muss die Entscheidung nicht Tage früher getroffen werden“ (Kleinsteuber/Loitz 2001: 57).

Erste Experimente mit virtuellen Parteitagen wurden allerdings kritisch beurteilt: Beim virtuellen Vorparteitag der CDU im Herbst 2000 waren nur zwei Prozent der Mitglieder online registriert. Von diesen wiederum nahmen nur drei Prozent an Debatten und Abstimmungen teil, was eine Beteiligung von nur 0,06 Prozent der Gesamtzahl der Mitglieder bedeutete, die noch dazu „weder durch Wahl noch durch besondere Expertise ausgewiesen und legitimiert“ (Marschall 2001: 46) waren. Die so gewonnenen Stimmen wurden den Delegierten des späteren echten Kleinen Parteitags in Stuttgart bekannt gegeben. Es blieb aber unklar, welche Relevanz sie letztlich für die eigentlichen Entscheidungen hatten.

Wenige Tage später führte der baden-württembergische Landesverband der Grünen den ersten vollständig virtuellen Parteitag durch. Die Grünen stellten dabei eine hohe Mobilisierung der Mitglieder fest, allerdings vor allem in den oberen Bildungsschichten. Die Hemmschwelle, sich zu Wort zu melden, war geringer als bei Offline-Parteitagen, die zeitliche Flexibilität der Beteiligung hingegen höher. So gingen am Ende 380 thematische Redebeiträge ein zuzüglich weiterer 5.000 Mitteilungen in der Rubrik „Parteitagsgeflüster“. Diese Fülle deutet darauf hin, dass eine größere Offenheit für Beteiligung das Problem verschärft, dass von den abstimmungsberechtigten Delegierten nicht alle Beiträge zur Kenntnis genommen werden können, weil ihr Zeit- und Aufmerksamkeitsbudget sich nicht entsprechend erweitert (Marschall 2001: 43).

Ausschließliche Online-Wahlen fanden bislang vor allem im sozioökonomischen Bereich z.B. bei Studierendenparlamenten oder Personalräten statt, während sie im politischen Bereich noch in den Kinderschuhen stecken (Kersting 2005; Kuhn 2006; Otten 2006). Denn noch vermögen diese Wahlen nicht, den gesetzlichen Anforderungen an allgemeine, freie, gleiche und geheime Stimmabgaben zu genügen. Ein starker Verzerrungsgrund ist bislang der Umstand, dass nicht alle Stimmberechtigten das Internet in vergleichbarer Weise nutzen, sei es, weil ihnen die technischen oder finanziellen Mög-

lichkeiten für einen Zugangs fehlen, weil es ihnen an Medienkompetenz oder -interesse mangelt oder weil sie sich bewusst gegen die Netznutzung entschieden haben. Diese Problematiken werden in der Fachliteratur unter dem Schlagwort des „Digital Divide“ diskutiert (Jarren 1998; Kaase 1998; Hoecker 2002; Arnhold 2003; Boes et al. 2006; TNS Infratest 2006).

Hinzu kommt, dass es sich der Kontrolle entzieht, ob die online Votierenden ihre Stimme wirklich geheim und frei abgeben oder in dem Moment durch andere Personen beobachtet, beeinflusst oder gar zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten gezwungen werden (Marcinkowski/Irrgang 1999; Hoecker 2002; Hahlen 2006; Kuhn 2006). Auch der Schutz persönlicher Daten im Internet gilt als großes Problem: Befürchtet wird, dass sie ausgespäht werden könnten (Sanhüter 2004), was das Wahlgeheimnis potentiell gefährdet. Zu bedenken ist ferner der grundsätzliche Einwand, dass eine Wahl ein öffentlicher Akt bleiben sollte, statt in heimische Räumlichkeiten verlegt zu werden (Mertes 1998; Ewert et al. 2003; Bauer 2004; Kersting 2004; Leggewie 2004; te Reh 2004; Kuhn 2006).

STÄRKUNG DELIBERATIVER ELEMENTE

Das von Habermas beschriebene Ideal eines deliberativen Diskurses stellt hohe kommunikative Ansprüche. Denn es verlangt, dass sich in der Öffentlichkeit eine ergebnisoffene Diskussion entfaltet, an der sich alle Bürger gleichberechtigt beteiligen und die Sprecherrolle einnehmen können, bei der eine generelle Offenheit für unterschiedliche Themen besteht und bei der nur die Stärke der Argumente zählt. Dazu gehört, dass die Teilnehmer einander respektieren und bereit sind, ihre eigene Meinung und ihre Präferenzen infrage zu stellen und sich mit den anderen Teilnehmern auf die Position zu einigen, die durch die besten Argumente gestützt wird. So soll der diskursive Prozess der eigentlichen Entscheidung, die in den Organen des Verfassungsstaates verortet bleibt, vorausgehen, ihre inhaltliche Qualität verbessern und ihre demokratische Legitimation erhöhen (Habermas 1990; Habermas 1992).

Da das Internet z.B. in Foren, Gästebüchern oder Weblogs allen Nutzern eine Beteiligung an Diskussionen ermöglicht, äußere Merkmale wie ihr Erscheinungsbild und ihre Stimmgewaltigkeit dabei nicht ins Gewicht fallen und die Argumente längere Zeit nachlesbar und überdenkbar bleiben, ist die Entwicklung deliberativer Online-Diskurse ein Kernstück der Digitalen Demokratie, wie sie der Politologe Alexander Siedschlag vorstellt (Siedschlag et al. 2002; Siedschlag 2005). Ähnlich verglich auch der frühere amerikanische Vizepräsident Al Gore das Internet mit dem athenischen Marktplatz, der *Agora*, auf der man sich über aktuelles Geschehen informieren und politisch relevante Themen ansprechen und erörtern konnte; folglich könnte das Netz als elektronische Agora oder kurz als *E-gora* betrachtet werden (Werth 1998; Kleinsteuber/Loitz 2001; Plake et al. 2001; Bauer 2004).

Nach Ansicht von Bernhard Peters ist die Verwirklichung einer deliberativen Demokratie jedoch völlig illusorisch, denn „bei begrenzter Kommunikationszeit und steigenden Teilnehmerzahlen würde die Redezeit der Einzelnen rasch so klein, dass die genannte einfache Gleichheitsbedingung nicht mehr sinnvoll zu realisieren wäre“ (1994:51) Zeit und Aufmerksamkeit seien knappe Güter, die für ein grundsätzliches Kapazitätsproblem der Öffentlichkeit sorgten. Auch weise die Beteiligung an der Kommunikation zahlreiche Asymmetrien auf; Sprecher meldeten sich je nach Interesse und Wissen unterschiedlich häufig und unterschiedlich ausführlich zu Wort und würden entsprechend ihrer Position verschieden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Vor diesen Hintergründen wird Siedschlags nachdrückliche Ergänzung verständlich, dass Deliberation nur gelingen könne, wenn eine geeignete politische Kultur bestehend aus der „Güte der politischen Institutionen und dem Naturell der Bürgerschaft“ (Siedschlag 2005: 20) gegeben sei. Damit ist er hinsichtlich der Realisierbarkeit von deliberativer Demokratie und hinsichtlich der Leistungsfähigkeit von Öffentlichkeit aber noch deutlich optimistischer als beispielsweise Niklas Luhmann. Er weist in seinem „Spiegelmodell“ (Neidhardt 1994: 9, 20) dem System Öffentlichkeit allein die Funktion zu, die

Selbstbeobachtung anderer gesellschaftlicher Systeme durch ein Aufgreifen vorhandener Themen und Meinungen zu ermöglichen, nicht jedoch die Fähigkeit, diese auch diskursiv zu verarbeiten.

Bernhard Peters (1994) und Meyer/Fricke (2003) plädieren dafür, auch dann am Diskursmodell festzuhalten, wenn eine Umsetzbarkeit zweifelhaft sei, und zwar im Wesentlichen mit der Begründung, dass auch normative Konzeptionen Effekte haben, so dass die Vorstellung von einer argumentativen Aushandlung in der Öffentlichkeit kollektive Lernprozesse beeinflussen und eine positive Veränderung der politischen Kultur begünstigen könne; das Diskursmodell deliberativer Politik könne in diesem Sinne „so etwas wie eine Kontrastfolie bieten, um Kritik üben und Verbesserungsvorschläge machen zu können.“ (Meyer/Fricke 2003: 49)

STÄRKUNG ASSOZIATIVER ELEMENTE

Zentrale Charakteristika des Internets sind Ortsunabhängigkeit, Geschwindigkeit, Masse und die Möglichkeit der variablen Vernetzung zu gemeinschaftlichem Handeln. Mobilitätsprobleme und Entfernungen sind somit kein Hindernis mehr, wenn Menschen mit gemeinsamen Anliegen zueinander in Kontakt treten und gemeinschaftliche, assoziative Aktionen in die Wege leiten möchten. Die Organisationsschwäche territorial gestreuter Interessen wird so durch das Internet abgemildert (Rheingold 1994; Gräf 1997; Plake et al. 2001; Kreutz 2003) und die Bildung freiwilliger Online-Gemeinschaften ermöglicht. Dies gilt einerseits für rein virtuelle Gemeinschaften, andererseits aber auch für solche, die dem Online-Geschehen entweder vorausgehen (virtualisierte Gemeinschaften), erst nach Beginn der Online-Kontakte entwickelt werden (devirtualisierte Gemeinschaften) oder in einem unklaren Verhältnis zu den Online-Geschehen stehen, weil sich beispielsweise die beteiligten Personen bei den Offline- und Online-Aktivitäten deutlich unterscheiden (Hybridgemeinschaften).

Das Internet kann von den Gemeinschaften zum einen für ihre interne Organisation genutzt werden, indem sie beispielsweise in Chats und Foren ihre konkreten Ziele diskutieren und formulieren und schließlich über diese Ziele und die Übernahme von Aufgaben und Führungsrollen mittels E-Votings entscheiden. Zum anderen kann das Internet zur Informierung und Mobilisierung sowohl von eigenen, bislang passiven Mitgliedern als auch von potentiell interessierten neuen Unterstützern eingesetzt werden. Dazu gehört, dass die Gemeinschaft eine eigene Internetpräsenz pflegt, auf der sie für sie relevante Sachinformationen und ihre Position zu ausgesuchten Themen darstellt. Für die Aufbereitung von Hintergrundinformationen eignet sich auch ein Wiki, während zusätzliche Kampagnenseiten oder Weblogs chronologisch über die aktuellen Ereignisse, Aktionen und Fortschritte einer Kampagne informieren können. Ferner erscheint es funktional Mailinglisten sowie Abonnentenlisten von Newslettern und RSS-Feeds zu pflegen, um über die Versendung von Mailings und Feeds einen großen Personenkreis zur ideellen, monetären oder personellen Unterstützung aufrufen zu können. Die ideelle Unterstützung einer Gemeinschaft oder einer Kampagne kann sich beispielsweise darin äußern, dass Nutzer auf ihrer eigenen Website über diese berichten, auf entsprechende Informationen verlinken oder gar ein Kampagnen-Logo in den eigenen Internetauftritt übernehmen. Die monetäre Unterstützung zeigt sich in Spenden, die beispielsweise über Online-Fundraising eingeworben werden. Personellen können Online-Gemeinschaften durch den Erwerb einer Mitgliedschaft sowie durch die persönliche Beteiligung an Aktionen innerhalb einer Kampagne unterstützt werden.

Solche Aktionen selbst können sich offline aber auch online vollziehen. Online-Aktionen bilden eine weitere Möglichkeit, wie über das Internet die politische Partizipation gestärkt werden kann. E-Mail-Kettenbriefe können beispielsweise mit der Bitte um Weiterleitung an Bekannte gestreut werden, um einen möglichst großen Personenkreis anzusprechen. Ferner ist es in der Gruppe möglich, eine wahre E-Mail-Flut auf einen politischen Adressaten auf einmal einströmen zu lassen. Auf diese Weise ist der Protest eindrucksvoller und schlechter zu ignorieren als die Protestmail eines einzelnen Bürgers. Es kann nämlich mehrere Arbeitstage dauern, unter all den Mails diejenigen herauszufinden, die nicht zu der Protestwelle gehören und beantwortet werden müssen. Ein weiterer Aktionsweg

besteht darin, sehr viele Anhänger dazu zu mobilisieren, möglichst zeitgleich bestimmte missliebige Websites anzufürfen, oder ein Programm zu schreiben, das diese Funktion ausführt. Ein solches Vorgehen kann zu einer Überlastung des Servers führen, und die betreffenden Seiten sind dadurch vorübergehend oder sogar längerfristig nicht mehr erreichbar. Man spricht in einem solchen Fall von einer „Denial of Service“-Attacke, einem „Netstrike“ oder einer „virtuellen Sitzblockade“, die jedoch strafrechtlich umstritten sind und darum von vielen Online-Gemeinschaften abgelehnt werden (Hutter 2002; Medosch 2003).

Nicht zuletzt kann online zu Offline-Aktionen aufgerufen werden, seien es seit Jahrzehnten bekannte Formen wie Informationsstände, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder Kundgebungen oder neuere Formen wie Flash Mobs. Dies sind kurzzeitige Treffen, deren Termin online übermittelt wird, und bei denen sich möglichst viele Personen, die einander nicht kennen müssen, offline zusammenfinden, um – meist nur für wenige Minuten – eine bestimmte Aktion durchzuführen (Brückerhoff 2003; Sixtus 2003; Benschop 2004; Lehnartz 2005).

Auch wenn die Fachliteratur Beispiele benennen kann, in denen Online-Gemeinschaften erkennbar politische Einflüsse entfaltet, vor allem durch die Skandalisierung oder Unterstützung politischen Personals (Müller 2003; Lee 2005; McKibben 2006; Möller 2006; Szugat et al. 2006), sind diese Ansatzpunkte noch eher schwach. Denn einen unmittelbaren, klar definierten Zugang zum politischen Entscheidungsprozess gibt es für die Gemeinschaften nicht. Um sich einen Eindruck von der Stimmung im Volk zu machen, hören Politiker immer noch vor allem auf Meinungsforscher, die traditionellen Leitmedien sowie auf bekannte einflussreiche Lobbygruppen, die seit Jahrzehnten etabliert sind und übersichtlicher erscheinen als die neue Vielfalt im Netz. Hinzu kommt, dass die demokratische Qualität der internen Willensbildung zweifelhaft erscheint. Vielen Offline-Gemeinschaften ist durch das Vereinsrecht und ggf. das Parteiengesetz ein gewisser innerer demokratischer Aufbau sichergestellt, wozu bislang eine Entsprechung im Online-Bereich fehlt. Den Online-Gemeinschaften bleibt daher aktuell nur, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, um die traditionellen Medien und anerkannten Lobbygruppen als Resonanzraum für die eigenen politischen Anliegen zu nutzen.

FAZIT

Das Internet erscheint theoretisch geeignet, politische Partizipation, verstanden als Einfluss von Bürgern auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung, zu fördern, indem es direktdemokratische, deliberative und assoziative Momente im politischen Prozess stärkt. Allerdings bleiben bislang noch eine Vielzahl von Problemen ungelöst: die technische (Daten-)Sicherheit und Zuverlässigkeit von Internetwahlen, die Auswahl von neuen Gemeinschaften, die möglicherweise bewusst und gezielt in den politischen Prozess integriert werden können, die transparente Gestaltung der Aushandlungs- und Einflussprozesse innerhalb der Online-Gemeinschaften sowie die Förderung einer politischen Kommunikationskultur, die der Ausweitung deliberativer Diskussionen dient.

Was sich derzeit darüber hinaus abzeichnet, ist die Entwicklung einer neuen lobbyistischen, publizistischen und in Teilen auch ökonomischen Online-Elite im Internet: So ist bereits wissenschaftlich belegt, dass kleine Blogs häufig auf bekannte, so genannte Powerblogs verlinken, aber nur selten umgekehrt auf sie verwiesen wird. Dagegen verweisen Powerblogs durchaus aufeinander und bilden so eine neue mächtige Online-Elite (Haller 2007; Neuberger et al. 2007). Auffällig ist ferner, dass sich auch in ökonomischer Perspektive mit Blick auf große Portale bereits Konzentrationsprozesse im Internet vollziehen, die denen der traditionellen Zeitungslandschaft ähneln; insbesondere Google und Yahoo, in Deutschland auch der Holtzbrinck-Konzern, haben sich bereits in Online-Gemeinschaften eingekauft und können durch ihre Investitionen mitbestimmen, wer groß wird und wer nicht.

Je stärker sich so eine neue Elite herauskristallisiert, umso kleiner wird der Schritt, bis die entsprechenden Akteure aus den zugehörigen Blogs und Gemeinschaften von Politikern ähnlich berücksichtigt werden wie traditionelle Medien oder etablierte Interessengruppen, bis sie also als zusätzliche Input-Geber im politischen Entscheidungsprozess etabliert werden.

Zwischen den Eliten zeichnet sich also das ab, was Siedschlag (2005: 15) als E-Democracy beschrieb: ein elitäres Zusammenspiel über vorgegebene Kanäle, das allerdings eine neue und breitere Basis hat als bisher und damit zu einer Verbesserung der politischen Legitimation beitragen kann. Nur: Die Kluft zwischen den Powergemeinschaften und dem Rest der Online-Gemeinschaften unterscheidet sich nicht wesentlich von der bereits bestehenden Differenz zwischen der journalistischen Elite und den Alternativmediengruppen oder zwischen großen korporativen Akteuren und kleineren pluralistischen Interessengruppierungen. Es sind die kleinen Gruppen, die bei diesem Prozess unberücksichtigt bleiben, die durch die Elitenvermachtung möglicherweise sogar frustriert werden und sich von professionellen Anbietern abwenden. Sie sind die Saat für die gegenläufige Dezentralisierungstendenz, die neue Form einer Sub- oder Alternativkultur. Das Ideal einer Digitalen Demokratie mit deliberativen Diskursen wird so eher verfehlt.

LITERATUR

- Azrak, Attila 2004: Wie nutzen Migranten und Migrantinnen das Internet? Online unter: <http://www.digitale-chancen.de/content/stories/index.cfm/key.1495/secid.8/secid2.67> (abgerufen am 17.04.2007).
- Arnhold, Katja 2003: Digital Divide. Zugangs- oder Wissenskluft. München: Verlag Reinhard Fischer (= @Internet Research Band 10).
- Bauer, Andreas 2004: E-Demokratie – neue Bürgernähe oder virtuelle Luftblase? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/2004 vom 26. April 2004: S. 3-6.
- Becker, Konrad u.a. 2002: Die Politik der Infosphäre. World-Information.Org. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Benschop, Albert 2004: Flash Mob: Happening for Internetters. Swarming and the Future of Inexplicable and Smart Mobs. In: <http://www2.fmg.uva.nl/sociosite/websoc/flashmob.html> vom 17. August 2004, abgerufen am 12. September 2005.
- Boes, Andreas / Hacket, Anne / Kämpf, Tobias / Trinks, Katrin 2006: Das Internet stabilisiert und verstärkt die soziale Ungleichheit. Wer die digitale Spaltung beenden will, muss in der realen Gesellschaft anfangen. In: Das Parlament, 56. Jg., Nr. 17/18 vom 24. April/ 2. Mai 2006: S. 11.
- Brückerhoff, Björn 2003: Die nächste soziale Revolution? Interview mit Howard Rheingold. In: In: Die Gegenwart. Nr. 33 (Schwerpunkt „Infowar“) vom 18. August 2003, online unter <http://www.neuegegenwart.de/ausgabe33/rheingold.htm>, abgerufen am 18. Mai 2007.
- Clemens, Detlef 1999: Das Potential des Internets in Wahlkämpfen. Bestandsaufnahme und Perspektiven anhand aktueller Wahlkämpfe in den USA und Deutschland 1996-1999. In: Woyke, Winfried (Hrsg.) 1999: Internet und Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag: S. 52-63.
- Emmer, Martin 2005: Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums. München: Verlag Reinhard Fischer (= @Internet Research, Band 22).
- Ewert, Burkhard/Fazlic, Nermin/Kollbeck, Johannes 2003: E-Demokratie. Stand, Chancen und Risiken. In: Schulzki-Haddouti Christiane (Hrsg.) 2003: Bürgerrechte im Netz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 227-260.
- Gräf, Lorenz 1997: Locker verknüpft im Cyberspace. Einige Thesen zur Änderung sozialer Netzwerke durch die Nutzung des Internet. In: Gräf, Lorenz / Krajewski, Markus (Hrsg.) 1997: Soziologie des

- Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk. Frankfurt am Main und New York: Campus Verlag: S. 99-124.
- Habermas, Jürgen 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. (Unveränderter Nachdruck der zuerst 1962 im Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, erschienenen Ausgabe, ergänzt um ein Vorwort zur Neuauflage 1990.) Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haller, Kai 2007: Web(log) 2.0: Wer behält den Überblick. In: Neue Gegenwart. Nr. 50 vom 04. Januar 2007, online unter <http://www.neuegegenwart.de/ausgabe50/weblog20htm>, abgerufen am 18. Mai 2007.
- Hahlen, Johann 2006: Die Risiken der Internet-Wahlen. Contra: Nicht im politischen Raum. In: Das Parlament, 56. Jg., Nr. 17/18 vom 24. April/ 2. Mai 2006: S. 3.
- Hoecker, Beate 2002: Mehr Demokratie via Internet? Die Potenziale der digitalen Technik au dem empirischen Prüfstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002 vom 30. September 2002: S. 37-45.
- Hutter, Reinhard 2002: „Cyber-Terror“: Risiken im Informationszeitalter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10-11/2002 vom 8. März 2002: S. 31-39.
- Jarren, Otfried 1998: Demokratie durch Internet? In: Eisel, Stephan / Scholl, Mechthild (Hrsg.) 1998: Internet und Politik. Sankt Augustin: Konrad Adenauer Stiftung (= Interne Studien Nr. 164/1998): S. 27-51.
- Kaase, Max 1998: Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.) 1998: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 24-51.
- Kersting, Norbert 2004: Online-Wahlen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/2004 vom 26. April 2004: S. 16-23.
- Kersting, Norbert 2005: Electronic Voting – Globaler Trend oder Utopie? In: WeltTrends Nr. 48, 13. Jahrgang, 2005: S. 43-52.
- Kleinstauber, Hans J./Loitz, Tanja 2001: Politik im Zeichen des Internet. In: Kiefer, Franz (Red.) 2001: Politikunterricht im Informationszeitalter. Medien und neue Lernumgebungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 51-62.
- Kreutz, Christian 2003: Protestnetzwerke. Eine neue Dimension transnationaler Zivilgesellschaft? Münster: LIT.
- Kuhn, Frank 2006: Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten – Erklärungsfaktoren – Instrumente. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lee, Eun-Jeung 2005: Internetmacht und soziale Bewegung in Südkorea. In: WeltTrends Nr. 48, 13. Jahrgang, 2005: S. 53-65.
- Leggewie, Claus 2004: Von der elektronischen zur interaktiven Demokratie. Das Internet für demokratische Eliten. In: Kübler, Hans-Dieter / Elling, Elmar (Hrsg.) 2004: Wissensgesellschaft. Neue Medien und ihre Konsequenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 21-30.
- Lehnartz, Sascha 2005: Schlauer schwärmen. Mit Kommunikationstechnologien wie Internet und SMS werden „Smart Mobs“ die Welt verändern, glaubt der Zukunftsforscher Howard Rheingold. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 22 vom 5. Juni 2005: S. 57.

- Marcinkowski, Frank/Irrgang, Michael 1999: Politische Partizipation und Internet im lokalen Raum. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Internet und Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag: 25-39.
- Marschall, Stefan 2001: Parteien und Internet – Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederpartei- en? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10/2001 vom 2. März 2001: S. 38-46.
- McKibben, Bill 2006: The Hope of the Web. In: The New York Review, April 27, 2006: S. 4-6.
- Medosch, Armin 2003: Demonstrieren in der virtuellen Republik. Politischer Aktivismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen. In: Schulz-ki-Haddouti Christiane (Hrsg.) 2003: Bürgerrechte im Netz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 261-306.
- Mertes, Michael 1998: Internet und politische Kultur. In: Eisel, Stephan / Scholl, Mechthild (Hrsg.) 1998: Internet und Politik. Sankt Augustin: Konrad Adenauer Stiftung (= Interne Studie Nr. 164/1998): S. 52-69.
- Meyer, Jörg / Fricke, Dietmar 2003: Einführung in die politische Theorie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Möller, Erik 2006: Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern. Hannover: Heise.
- Müller, Ruth Bettina 2003: Lets talk about blogs! In: <http://politik-digital.de/edemocracy/netzkultur/blog.shtml>, erschienen am 12.06.2003, abgerufen am 06. Januar 2005.
- Neidhardt, Friedhelm 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34.): S. 7-41.
- Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie 2007: Weblogs und Journalismus: Konkurrenz, Ergänzung oder Integration? Eine Forschungssynopse zum Wandel der Öffentlichkeit im Internet. In: Media Perspektiven Nr.2/2007: S. 96-112.
- Otten, Dieter 2006: Die Chancen der Internet-Wahlen. Pro: mehr Sicherheit und Komfort. In: Das Parlament, 56. Jg., Nr. 17/18 vom 24. April/ 2. Mai 2006: S. 3.
- Plake, Klaus/Jansen, Daniel/Schuhmacher, Birgit 2001: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale in der Medienentwicklung. Wiesbaden: West-deutscher Verlag.
- Priess, Frank 2005: Ist das Fernsehzeitalter der US-Politik zu Ende? Was der Präsidentschaftswahlkampf 2004 für die politische Kommunikation bedeutet. In: KAS/Auslandsinformationen, Heft 02/05: S. 4-22.
- Rheingold, Howard 1994: Virtuelle Gemeinschaften. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn et al.: Addison-Wesley.
- Przepiorka, Sven 2003: Weblogs und deren technische Umsetzung. Ulm: Diplomarbeit. Online unter <http://www.tzwaen.com/publikationen/diplomarbeit/diplomarbeit-weblogs.pdf>, abgerufen am 10. Februar 2007.
- Sanhüter, Thomas 2004: Datenschutzpolitik im Zeitalter des Internet. Der Konflikt zwischen den Regulierungs- und Informationskulturen der USA und EU. Münster: Lit.
- Schaertl, Marika 2007: Wer hat Angst vor Arianna? Porträt. In: Focus 6/2007 vom 5. Februar 2007: S. 70-71.
- Schmidt, Jan 2006: Weblogs. Eine kommunikations-soziologische Studie. Konstanz: UVK.

- Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Carolin 2002: Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske + Budrich.
- Siedschlag, Alexander 2005: Digitale Demokratie – Netzpolitik und Deliberation. In: Welt-Trends Nr. 48, 13. Jahrgang, 2005: S. 11-26.
- Simon, Thomas 2001: Engagement und Bürgerbeteiligung per Internet? Nutzungsrealitäten, Probleme und Chancen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kiefer, Franz (Red.) 2001: Politikunterricht im Informationszeitalter. Medien und neue Lernumgebungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 63-77.
- Sixtus, Mario 2003: Flash Mobs. Wenn dir plötzlich Hunderte applaudieren. In: Spiegel Online vom 28. Juli 2003, gefunden unter <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzkultur/0,1518,258913,00.html>, abgerufen am 29. Juli 2003.
- Stöcker, Christian 2007: „Wir rütteln die Mainstream-Medien auf“. Star-Bloggerin Huffington. In: Spiegel Online vom 27. Januar 2007, online unter <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0.1518.462487.00.html>, abgerufen am 28. Januar 2007.
- Szugat, Martin/Gewehr, Jan Erik/Lochmann, Cordula 2006. Social Software. Schnell + kompakt. Blogs, Wikis & Co. O.O.: Entwickler.press.
- te Reh, Peter 2004: E-Democracy. Bürgerbeteiligung als Prozess der demokratischen Willensbildung mit Beispielen aus der kommunalen Praxis. In: Kübler, Hans-Dieter / Elling, Elmar (Hrsg.) 2004: Wissensgesellschaft. Neue Medien und ihre Konsequenzen. CD-Rom. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: S. 309-323.
- TNS Infratest 2006: Monitoring Informationswirtschaft. 9. Faktenbericht 2006 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. München. Online unter http://www.tns-infratest.com/06_BI/bmwi/Faktenbericht_9/pdf/FB9_Vollversion_de.pdf, abgerufen am 20. Januar 2007.
- Werth, Christoph H. 1998: Die Herausforderungen des Staates in der Informationsgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 40/98 vom 25. September 1998: S. 22-29.